

Kurz & bündig**GEW für Studis**

Tipps zum Studienanfang, Informationen zum Übergang in Promotion oder Beruf und vieles mehr bietet das neue Internetportal der GEW für Studierende. Ebenfalls zu finden sind bei www.studieren.gew.de die Serviceangebote der GEW, etwa Seminare u.a. für Tutoren oder der gewerkschaftliche Rechtsschutz für Mitglieder.

Klinik zu verkaufen

Die fusionierten Klinika der Universitäten Gießen und Marburg stehen zum Verkauf. Der bundesweit erste Verkauf eines Universitätsklinikums ist noch für dieses Jahr geplant. Nicht nur die GEW befürchtet Interessenkonflikte zwischen einem profitorientierten Klinikkonzern und den Belangen von Forschung, Krankenversorgung und Lehre.

Tarifvertrag

Seit Oktober gilt der neue Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVÖD), der Gehälter und Arbeitsbedingungen der Staatsdiener regelt. Für den Bereich des Bundes und der Kommunen löst das Tarifwerk den bisherigen Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ab. Der TVÖD ist vor allem einfacher als der BAT und beinhaltet größere Gehaltssteigerungen für junge Angestellte. Bei den nun notwendigen Verhandlungen mit den Bundesländern fordert die GEW eigene Regeln für die Wissenschaft. Weitere Informationen: www.wissenschaft.gew.de > Arbeiten > Beschäftigungsbedingungen.

Kleine Fächer

Ein großes Stählerücken an den Hochschulen plant das hessische Wissenschaftsministerium: Kleine Fächer sollen zu drei Regionalschwerpunkten zusammengelegt werden. Zu Asien soll künftig nur noch die Uni Frankfurt forschen und lehren, Gießen versammelt die Osteuropa-Institute und die Orientforschung bündelt die Universität Marburg. Kritiker des Konzepts, das nicht mit den Fächern beraten worden war, bemängelten, dass Fächer in den Schwerpunkten nicht zusammen passen oder an ihrer Hochschule noch gebraucht würden. Der teilweise wütende Protest zeigte erste Wirkung: Die Frankfurter Judaistik, die zunächst in den neuen Marburger Orient umziehen sollte, darf am Main bleiben.

**Land kürzt erneut Hochschuletat
Hochschulen spielen auf Risiko**

Ein neuer Hochschulpakt legt fest, wie viel Geld die hessischen Hochschulen in den nächsten fünf Jahren bekommen und wie es zwischen ihnen verteilt wird. Grundlage ist der Status Quo – Inflation führt also zu Kürzungsdruck. Dafür können die Hochschulen je nach Steuerentwicklung bis zu 1,5 Prozent im Jahr gewinnen – oder verlieren.

Mitten in den Semesterferien haben am 29. August Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) und elf von zwölf hessischen Hochschulpräsidenten den neuen Hochschulpakt unterschrieben. Der Vertrag regelt die Hochschulfinanzierung von 2006 bis 2010 und soll den Hochschulen begrenzte Finanzautonomie und Finanzierungssicherheit garantieren – wenn er nicht wie schon der bisherige Hochschulpakt von der CDU-Landesregierung gebrochen wird.

Die Hochschulen sollen etwa nach der geschätzten Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit oder der Absolventenquote Geld aus einem zentralen Topf bekommen. Dafür muss jede Hochschule eine Zielvereinbarung mit dem Land Hessen abschließen, die auch Überprüfungsmechanismen wie die Evaluation von Lehre und Forschung umfasst. Ein Innovationsbudget, das von derzeit 15 auf 25 Prozent der Gesamtmittel steigen soll, kann das Ministerium nach eigenem Belieben verteilen, was den Wettbewerb unter den Hochschulen verschärfen wird. Dass hierbei Anpassungsdruck entsteht, ist wissenschaftspolitisch durchaus erwünscht, sollen doch die Universitäten gerade was kleine Fächer betrifft sogenannte Kompetenzzentren bilden und auch über Landesgrenzen hinweg zusammenarbeiten – oder auch unrentable Fächer abstoßen.

Die Höhe des Hoch-

schulbudgets ist in den kommenden Jahren direkt an das Steueraufkommen gekoppelt und kann um bis zu 1,5 Prozent pro Jahr schwanken. Zudem müssen wichtige Regeln für die Verteilung zwischen den Hochschulen erst noch ausgehandelt werden. Das sei ein kalkulierbares Risiko, sagte der Marburger Unipräsident und derzeitige hessische Präsidentensprecher Volker Nienhaus der Frankfurter Rundschau. Der Vizepräsident der FH Gießen-Friedberg Hajo Köppen sprach gegenüber der GEW-Hochschulzeitung dagegen von einer Abkehr von der leistungsbezogenen Mittelvergabe und bemängelte intransparente Regelungen. Die FH verweigerte als einzige hessische Hochschule die Unterschrift unter den Hochschulpakt. (Interview auf S. 3)

Christian Vater, Universität Kassel

**»Das ist der Plan:
Du führst in NRW
Studiengebühren ein ...«**



**»... und Du schaffst
2006 das BAföG ab.«**

**Nein Danke!
Studiengebühren verhindern!
BAföG erhalten!**

www.abs-nrw.de **ABS** Aktionsbündnis gegen Studiengebühren beim fzs

Ein Horrorszenario für alle Studierenden ohne finanziellen Rückhalt zeichnete das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Zu den bisherigen Wirkungen der Langzeitgebühren in Hessen und den Plänen von Banken und Bundesländern siehe Seite 2.

Gebühren vertreiben Studierende

9 Millionen für die Staatskasse

Im ersten Jahr hat das Studienguthabengesetz (StuGuG) die Studierenden in Hessen gut neun Millionen Euro gekostet. Dies geht aus einer Übersicht des hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) hervor. Danach mussten im Jahr 2004 über 16.400 Studierende in höheren Semestern oder im Zweitstudium durchschnittlich je gut 550 Euro Stu-



Die Landtage mehrerer Bundesländer entscheiden bald über allgemeine Studiengebühren von 500 Euro je Semester. Beim "Campus Camping" haben sich in Gießen Studierende mit Zelten und Workshops bereits medienwirksam auf die Auseinandersetzung darum vorbereitet.

diengebühren zahlen. 112 Studierende gingen vor Gericht. Mit dem Studienguthabengesetz (StuGuG) wollten Ministerpräsident Roland Koch und Wissenschaftsminister Udo Corts (beide CDU) eines der vielen schwarzen Löcher im hessischen Landeshaushalt stopfen. Ursprünglich hatte das Land mit Einnahmen von 24 Millionen

Euro gerechnet. „Die Landesregierung hat also die finanziellen Möglichkeiten der hessischen Studierenden weit überschätzt.“, erklärt Sebastian Lenth, einer der beiden Sprecher der Studierenden in der GEW Hessen. Mehr als 10.000 Studierende haben nach der Zahlungsaufforderung die Hochschule verlassen und die Zahl der hessischen Studierenden verringerte sich zwischen den Wintersemestern 2003/2004 und 2004/2005 um zehn Prozent. Besonders ärgerlich sei, so der Kasseler Lehramtsstudent, dass sich manche Langzeitstudierende die Gebühren locker leisten könnten, während andere kurz vor dem Abschluss noch mehr jobben müssten oder in die Arbeitslosigkeit gedrängt würden: „Das ist Selektion nach dem Geldbeutel!“ Nach den Erfahrungen aus der studentischen Sozialberatung der Studierendenschaften, sind viele Studierende auch in andere Bundesländer abgewandert. „Der Studierendenrückgang zeigt, dass sehr viele Studierende und ihre Familien die Langzeitstudiengebühren von 500, 700 € und 900 € pro Semester nicht aufbringen können. Das Gesetz ist unsozial und gehört abgeschafft.“ sagt Tjark Sauer, ebenfalls Landessprecher der Studierenden in der GEW. Erst recht dürfen nach den Erfahrungen mit dem Studienguthabengesetz keine allgemeinen Studiengebühren eingeführt werden, so der Giessener Politikstudent.

Andreas Staets, Marburg

Hochschule	Studierende 2003	Gebührenzahler	Exmatrikuliert	Gezahlte Gebühren
Uni Marburg	19.332	ca. 1.400*	k.A.	764 000 €
Uni Gießen	22.121	1.409	221	951 605 €
TU Darmstadt	20.588	1.753	2.138	910 300 €
Uni Frankfurt	42.420	5.523	3.961	2 550 000 €
Uni Kassel	18.582	2.528	1.335	1 130 000 €
HfMDK Frankfurt	760	93	37	30 250 €
HfG Offenbach	587	49	0	26 300 €
FH Darmstadt	11.104	1.242	1.112	669 969 €
FH Frankfurt	9.464	1.537	37	882 131 €
FH Gießen-Friedberg	8.858	1.124	1.319	550 000 €
FH Wiesbaden	9.032	873	509	559 223 €
FH Fulda	4.295	293	165	90 000 €
gesamt	167.143	16.424	10.840	9.116.778

Die Zahl der Studierenden je Hochschule im Jahr 2003, die Zahl der Studierenden je Hochschule, die 2004 tatsächlich Gebühren bezahlt haben, die Zahl derjenigen, die nicht gezahlt haben und exmatrikuliert wurden und die Gebühreneinnahmen 2004 in Euro nach Zahlen des HMWK.

*Die Zahl der Marburger Gebührenzahler ist aufgrund der dort gezahlten Gebühren geschätzt.

Kurz & bündig

Gebühren ab 2006

Alle Studierenden in Niedersachsen sollen ab dem nächsten Wintersemester 500 Euro pro Semester bezahlen. Gesetzentwürfe in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Baden-Württemberg sehen allgemeine Studiengebühren ab 2007 vor. Andere Länder wollen folgen. Für Wirbel sorgten die Pläne in NRW, entgegen der Wahlversprechen auch BAföG-Empfänger zur Kasse zu bitten. Die hessische Landesregierung wartet derweil noch auf Rechtsgutachten zum Gebührenverbot in der Landesverfassung.

Weniger Studierende

Die Diskussion über allgemeine Studiengebühren und Gebühren für Langzeit-Studenten schrecken vom Studium ab, analysiert ein interner Bericht der Kultusministerkonferenz. Entgegen den Prognosen hatten zum Wintersemester 2004/2005 überraschend 5,5 Prozent junge Menschen weniger in Deutschland ein Studium aufgenommen als noch ein Jahr zuvor. Als weitere mögliche Ursachen nennt das KMK-Papier die „erhebliche Ausweitung“ des Numerus clausus (NC) und Kürzungen an den Hochschulen. Deutschland liegt mit seinen Studentenzahlen weit hinter anderen vergleichbaren Industrienationen. Während hier etwa 38 Prozent eines Jahrgangs studieren, tun dies in den 30 wichtigsten Industriestaaten durchschnittlich über 50 Prozent.

Kredit statt Bafög?

Nach der öffentlichen KfW-Bank bieten zum Wintersemester u.a. Sparkassen und die Deutsche Bank Studienkredite an. Die Kredite von bis zu 1000 Euro monatlich sind im Idealfall nach dem Studium abzuzahlen – bei einem Zinssatz von 5 bis 10 Prozent. Dabei entstehen nach Berechnungen der KfW leicht mehr als 30.000 Euro Schulden. Solche Kredite werden von manchen als soziale Abfederung von Studiengebühren oder gar als Ersatz fürs Bafög propagiert.

ABS-Zeitung

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) informiert im Wintersemester mit einer achtseitigen Zeitung über den aktuellen Stand der Gebührendebatte. Die Beiträge analysieren u.a. die Zukunft von Studiengebühren, Studienkrediten und BAföG nach der Bundestagswahl und die Auswirkungen von Studiengebühren auf den Wissenschaftsbetrieb. Bei den Asten und an GEW-Ständen ist die Zeitung zu bekommen.

Erziehungswissenschaftler gegen die Ökonomisierung des Bildungswesens

„Gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens“ bezogen fünf Professoren bei einer Veranstaltung in Frankfurt Stellung. Ihre „Frankfurter Erklärung“ findet deutliche Worte über „erpressten Reformismus“ und „unerwünschte Effekte der technokratischen Revolution“. Mehr als hundert WissenschaftlerInnen haben sie bisher unterschrieben.

Am 10.10.2005 präsentierten mehrere Wissenschaftler in Frankfurt „Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungswesens“. Rudolf zur Lippe beschrieb in seinem Vortrag „Die ökonomische Rationalität der gegenwärtigen Umsteuerung“ die Gefahr, die von einem „ökonomistischen Paradigma“ im Bildungsbereich ausgehe, das sich in standardisiertem Effizienzdenken äußere. Dem setzte er die Entfaltung von Kreativität, Leidenschaft und Denkeifer entgegen. „Die Universität ist kein Wirtschafts-

betrieb“ sekundierte Jörg Ruhloff, der in seinem Beitrag an den Hochschulen Merkmale von Wirtschaftsunternehmen entdeckte. Damit einher gehe eine Verformung von Autonomie und akademischer Freiheit durch Kontrolle. Alternative Bildungsmöglichkeiten erblickte Ruhloff in einer Internationalisierung des Studiums jenseits der Bachelor- und Master-Studiengänge. Anschließend kritisierte Ulrich Herrmann die soziale Auslese, die im deutschen Schulwesen durch einseitige Elitenförderung schon lange bestehe, nun

aber durch stärkeren Leistungsdruck intensiviert werde, wie er sich etwa in undifferenzierten Bildungsstandards äußere. Auch die mangelnde Durchlässigkeit zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen legte Herrmann dar und hielt dem ein Verständnis von Bildung als Vermittlung gesellschaftlicher Grundwerte auch jenseits ökonomischer Verwertbarkeit entgegen. Im Vortrag „Steuerungspantastien und Rationalitätsmythen“ stellte Frank Olaf Radtke schließlich die verschiedenen Kontrolltechniken zur rein ökonomischen Ausrichtung von Bildungsinstitutionen in Frage und eröffnete die Möglichkeit zur Diskussion über andere bildungspolitische Ansätze, die viele der ca. 200 TeilnehmerInnen nutzen. Die Dokumentation der Veranstaltung, die Frankfurter Erklärung und weitere Beiträge finden sich unter:

www.forum-kritische-paedagogik.de
Matthias Freiling, Uni Frankfurt

„Intransparente Regelungen und unberechenbares Budget“

Im Sommer schlossen Landesregierung und hessische Hochschulen einen neuen Hochschulpakt. In einem Gespräch mit Tjark Sauer erläutert Hajo Köppen, Vizepräsident für Hochschulentwicklung und studentische Angelegenheiten an der FH Gießen-Friedberg, warum die Fachhochschule diesen Pakt nicht unterschrieben hat.

Im August wurde ein neuer Hochschulpakt zwischen hessischen Hochschulen und der Landesregierung für den Zeitraum 2006 bis 2010 geschlossen. Wie sehen die Erfahrungen der FH Gießen-Friedberg mit dem ersten Hochschulpakt 2002-2005 aus.

Nach dem Modell der „Leistungsorientierten Mittelzuweisung“, kurz LOMZ genannt, sollte das den einzelnen Hochschule zuffießende Budget im Wesentlichen nach der Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit bemessen werden. Ein geringer Anteil vom Gesamtbudget sollte sich z.B. aus der Zahl der Absolventen ergeben. Also ein transparentes und Planungssicherheitsgebendes Modell: mehr Studierende, mehr Absolventen, mehr Studentinnen, etc. bedeutet mehr Geld. Auf dieser Grundlage hat die FH Gießen-Friedberg die Gesamtstudierendenzahl in den Jahren von 2001 bis zum WS 2004/05 um ca. 2300 Studierende auf rund 9300 gesteigert. So konnte die FH Gießen-Friedberg im Jahr 2003 auf Grund der überdurchschnittlich gesteigerten Studierendenzahlen ihr Budget erheblich steigern. Allerdings mussten wir dann schnell die Erfahrung machen, dass das Land diese Stei-

gerungen nicht länger bezahlen konnte. Bereits im Jahr 2004 erhielt die FH 4 Millionen Euro weniger als ihr nach den tatsächlichen „Leistungszahlen“ zugestanden hätten.

Was sind die Kernbestandteile des neuen Hochschulpakts für die Jahre 2006 bis 2010 und was sind die Unterschiede zum vorhergehenden Modell des Hochschulpakts?

In der neuen „Rahmenvereinbarung zur Sicherung der Leistungskraft der Hochschulen in den Jahren 2006 bis 2010 (Hochschulpakt)“ ist der Leistungsgedanke aufgegeben worden. Zunächst ist vorgesehen, dass die Hochschulbudgets im nächsten Jahr unverändert auf dem Niveau des Jahres 2005 festgeschrieben werden. In den Folgejahren soll sich die Budgetentwicklung dann an den Steuereinnahmen der Vorjahre orientieren. Bei sinkenden Steuereinnahmen verringert sich das Budget um max. 1,5 Prozent, bei steigenden Steuereinnahmen wachsen die Budgets um max. 1,5 Prozent. Innerhalb der Laufzeit des Hochschulpakts wird die maximale Steigerung auf plus 6 Prozent gegenüber dem Budget in 2005 begrenzt.

Lediglich die FH Gießen-Friedberg

hat diesen Pakt nicht unterschrieben. Was sind die Gründe dafür?

Das Präsidium der FH sieht, unterstützt vom Senat der Hochschule, in dem neuen Hochschulpakt eine Abkehr vom Modell der leistungsbezogenen Mittelzuweisung. Als „Leistungszahl“ für die Zuweisung der Finanzmittel soll nicht mehr die tatsächliche Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit gelten. Das neue Modell ermöglicht bei den Leistungszahlen politische Eingriffsmöglichkeiten. Das gleiche gilt für die Höhe des pro Studierenden an die Hochschule gezahlten Geldbetrages, dem so genannten Clusterpreis. Zukünftig soll ein zu korrigierender Durchschnittswert der Studierendenzahlen aus den zurückliegenden Semestern verwendet werden, der für mehrere Jahre nicht den aktuellen Entwicklungen angepasst werden soll. Durch dieses Verfahren wird die Ermittlung der Leistungszahlen von der tatsächlichen Entwicklung der Studierendenzahlen abgekoppelt. Letztlich lässt der neue Hochschulpakt völlig offen, wie viel Geld die Hochschulen zukünftig zur Verfügung haben. Der neue Hochschulpakt ist in seinen Regelungen intransparent, das zukünftige Budget nicht berechenbar und somit ist die Planungssicherheit nicht mehr gegeben.



Hajo Köppen, Fachhochschule Gießen-Friedberg.

Verbindung kappen: Gegen Kaderschmieden der NPD

Mit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag und der Rede des Gießener Burschenschafters Jürgen W. Gansel dort zum „Bombenholocaust“ geriet die Kooperation zwischen rechten Burschenschäftlern und der NPD in den Blick der Öffentlichkeit. Schon seit Jahren haben sich jedoch Burschenschäftler aus dem Spektrum der Deutschen Burschenschaft in den Kreisen der NPD bewegt. Jetzt ist die Zusammenarbeit nicht mehr zu übersehen: etliche Burschenschäftler sitzen

für die NPD im sächsischen Landtag oder arbeiten für deren Fraktion. Unlängst hat sich in Gießen ein lokales Bündnis gegen Rechts gegründet, um über das rechte Treiben aufzuklären und es politisch zu bekämpfen. Die Studierenden in der GEW Hessen unterstützen die Aktionen gegen Rechts, konkret die Gründung lokaler Initiativen auch in anderen Hochschulstädten, und eine landesweite Vernetzung antifaschistischer Bündnisse. **Tjark Sauer, Universität Gießen**

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW Ansprechpartner helfen gerne weiter.

Marburg

Niko Huke, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel: 06421/95 23 95, Fax: 06421/95 23 96, Mail: nikohuke@yahoo.de

Kassel

Sebastian Lenth, GEW Studierenden-gruppe c/o AStA Kassel, Nora-Platiel-Str. 2, 34127 Kassel, Fax: 0561/ 804 2885, Mail: Sebastian.Lenth@unsere-uni.de

Frankfurt

GEW Studierendengruppe: c/o Teresa Goepel, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/97 12 93 93, Mail: Teresa.Goepel@gmx.de Web: <http://www.gew-uniffm.de>

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Carmen Ludwig, Christian Vater, Jonas Baumann (Layout), Sebastian Lenth, Sibylle Hartzheim, Tjark Sauer und Andreas Staets.

Bilder: ABS NRW, AStA Gießen, Hajo Köppen, Andreas Staets.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

Gießen

Tjark Sauer, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/47 113, Mail: Tjark.Sauer@gmx.de

Menschen & Meldungen

Gewählt

Die Studierenden in der hessischen GEW haben ein neues Sprecherteam. Der Kasseler Lehramtsstudent Sebastian Lenth und sein Giessener Kommilitone Tjark Sauer werden im kommenden Jahr die Arbeit der GEW Studierenden koordinieren. Der 30jährige Lenth wird sich dabei insbesondere um die Themen Modularisierung des Studiums und Internationalisierung der Hochschule kümmern. Der 25jährige Politikstudent Sauer will sich mit der neuen Rechten an den Hochschulen und vor allem mit der Rolle von Studentenverbindungen für rechte und rechtsextreme Parteien und Organisationen auseinandersetzen.



Tjark Sauer (links) und Sebastian Lenth (rechts) nach ihrer Wahl zu Landesstudierendensprechern der GEW.

Kandidatur

Carmen Ludwig, bis Juni Studierendensprecherin der GEW Hessen, kandidiert im November für den stellvertretenden Vorsitz des GEW-Landesverbandes. Die Politologin, die inzwischen als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Giessen forscht, engagiert sich unter anderem im Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie möchte sich in der GEW verstärkt um die Arbeit mit Studierenden und ReferendarInnen kümmern.

Berufsverbot

Michael Cszakóczy war schon unterwegs zur Martin-Buber-Schule in Heppenheim. Doch kurz bevor der neue Lehrer seinen Arbeitsvertrag unterschreiben konnte, untersagte das Schulamt telefonisch seine Anstellung. Der Grund: Als Student hatte sich Cszakóczy in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg engagiert. Nach Baden-Württemberg verhängte nun auch Hessen ein Berufsverbot über den Pädagogen – obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die aufgrund des sogenannten Radikalerlasses der 1970er Jahren erlassenen Berufsverbote 1995 verworfen hat. Weitere Informationen: www.gegen-berufsverbote.de

Kupon

Ich möchte weitere Informationen

- über die GEW-Positionen
 - zu studentischen Hilfskräften
 - zur Promotionsphase
 - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
- über „Jobben und Studium“
- zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421 / 952396
Mail: wiss@hessen.gew.de



demokratisch
kompetent und
streitbar